

Gemeinde Tützpatz

vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 4
„südwestlich von Tützpatz“



Mobilstall für Freilandlegehennen, Quelle: Steiner Automation GmbH & Co KG

Begründung
Mai 2022

INHALTSVERZEICHNIS

1.	AUFSTELLUNGSBESCHLUSS UND PLANUNGSANLASS	3
2.	GRUNDLAGEN DER PLANUNG	6
2.1	Rechtsgrundlagen	6
2.2	Planungsgrundlagen	6
3.	RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH	6
4.	BESCHAFFENHEIT DES PLANGEBIETES	7
5	VORGABEN AUS ÜBERGEORDNETEN PLANUNGEN	8
6.	INHALT DES BEBAUUNGSPLANES	14
6.1	Städtebauliches Konzept	14
6.2	Art und Maß der baulichen Nutzung	16
6.3	Maßnahmen und Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft	22
6.4	Örtliche Bauvorschriften	22
6.5	Umweltprüfung	23
6.4	Verkehrskonzept	24
7.	IMMISSIONSSCHUTZ	25
8.	WIRTSCHAFTLICHE INFRASTRUKTUR	26
8.1	Energie-, Wasserver- und Entsorgung	26
8.2	Gewässer	26
8.3	Telekommunikation	26
8.4	Abfallrecht	27
8.5	Brandschutz	27
9.	DENKMALSCHUTZ	28
9.1	Baudenkmale	28
9.2	Bodendenkmale	28
10.	EINGRIFFS- UND AUSGLEICHSBILANZIERUNG	29
11.	UMWELTBERICHT als gesonderter Teil der Begründung	

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS UND PLANUNGSANLASS

Die Vattenfall Solar Tützpatz GmbH (nachfolgend Vorhabenträger) hat bei der Gemeinde Tützpatz die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans beantragt. Die mit den Bauleitplanverfahren angestrebten Investitionsabsichten verfolgen das Ziel, eine kombinierte Nutzung des einbezogenen Geltungsbereiches für die landwirtschaftliche Produktion als Hauptnutzung und für Stromproduktion mittels einer Freiflächen-Photovoltaikanlage als Sekundärnutzung planungsrechtlich zu ermöglichen. Die Doppelnutzung einer landwirtschaftlichen Nutzfläche wird neben der Erhaltung der landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen der Landwirte zu einer gesteigerten ökologischen und ökonomischen Landnutzungseffizienz führen.

Die dazu angewendeten AGRI-PV-Systeme wurden in Forschungs- und Demonstrationsprojekten weltweit und auch in Deutschland von einer ersten Idee 1991 bis hin zu ersten innovativen Anwendungen 2019 entwickelt.

Als landwirtschaftliche Flächen im Sinne eines AGRI-PV-Projektes gelten Ackerland, Dauergrünland, Dauerweideland und mit Dauerkulturen genutzte Flächen.

Nach dem Bau der AGRI-PV-Anlage differenziert man innerhalb der Projektfläche den landwirtschaftlich nutzbaren Flächenanteil eines Schrages sowie die landwirtschaftlich nicht nutzbare Fläche.

Nach der Umsetzung des Vorhabens gewinnt der Vorhabenträger landwirtschaftliche Erzeugnisse; also Produkte, die durch landwirtschaftliche Tätigkeiten erzeugt wurden, vermarktet werden oder dem Eigenverbrauch dienen.

Gleichzeitig wird solare Strahlungsenergie durch die PV-Anlagen erzeugt und frei von öffentlichen Förderungen vermarktet.

Grundsätzlich gilt, dass die für Agri-PV einbezogenen Planungsräume für eine landwirtschaftliche Tätigkeit genutzt werden müssen. Die landwirtschaftliche Tätigkeit umfasst dabei die Erzeugung oder den Anbau landwirtschaftlicher Erzeugnisse bzw. die Erhaltung von Flächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand wie in den Cross Compliance Vorschriften der Europäischen Union und den jeweiligen Länderregelungen niedergelegt.

Auf Basis der Vorgaben zu beihilfefähigen landwirtschaftlichen Nutzungsflächen lassen sich Agri-PV-Projekte in die nachstehenden vier Nutzungskategorien unterteilen:

- Dauerkulturen und mehrjährige Kulturen
- einjährige und überjährige Kulturen
- Schnittnutzung
- Weidenutzung

Um eine Nutzung der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche nach Installation der Agri-PV-Anlage sicherstellen zu können, muss das Planungs- bzw. Nutzungskonzept auf die Standorteigenschaften und die Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Betriebsführung abgestellt werden.

Vorliegend beabsichtigt der Vorhabenträger in Abstimmung mit dem einbezogenen Landwirtschaftsbetrieb die Umsetzung einer Freiland-Legehennenhaltung nach dem Wechselweidenprinzip als AGRI-PV-Vorhaben.

Der Eigentümer der in den Geltungsbereich einbezogenen Fläche hat als Landwirt deutlich gemacht, dass die mit dem Bebauungsplan zulässige Form einer naturverträglichen Legehennenhaltung als Alternative für seinen im Gemeindegebiet ansässigen konventionellen Tierhaltungsbetrieb der Ferkelaufzucht und Schweinemast anzusehen ist.

Im Sinne regionaler Wertschöpfungsansätze und einer angestrebten bodengebundenen Veredelung in der Landwirtschaft ist eine neuartige Kombination der Produktion von Freiland-Eiern sowie die Erzeugung solarer Strahlungsenergie geplant.

Dazu sollen die in den Geltungsbereich eingeschlossenen Flächen nicht der landwirtschaftlichen Produktion entzogen werden. Das Nutzungskonzept sieht im Rahmen der Diversifizierung der Landwirtschaft eine Freiland-Legehennenanlage vor, die abweichend von bisherigen Standards der Legehennenhaltung in Deutschland ausschließlich mit Mobilställen und Wechselweiden arbeitet.

Der vorliegende vorhabenbezogene Bebauungsplan greift damit drei Problemfelder auf.

Die Eierproduktion der Freiland-Legehennenhaltung deckt derzeit lediglich etwa 50 % des Bedarfs im deutschen Markt ab. Mit der Aufstellung des Bebauungsplans soll also ein wichtiger Beitrag zur regionalen Versorgungssicherheit für stark nachgefragte Freiland-Eier geleistet werden.

Erfahrungsgemäß steht die Legehennen-Freilandhaltung regelmäßig vor dem Problem, dass die Tiere ohne Schutz- und Leiteinrichtungen nur einen geringen Anteil der zur Verfügung stehenden Auslauffläche nutzen.

Dass die stallnahen Bereiche bis ca. 20 m bevorzugt genutzt werden, liegt in dem natürlichen Angstverhalten der Tiere begründet. Schutzeinrichtungen vor Prädatoren aus der Luft auf den entfernt liegenden Teilen des Auslaufes können dazu beitragen, dass die weiter entfernt liegenden Auslaufbereiche intensiver genutzt werden und so eine höhere Verteilungshäufigkeit auf den stallfernen Ausläufen erreicht wird.

Dazu sollen Freiflächen-Photovoltaikanlagen als Schutz- und Leiteinrichtungen mit einem untergeordnetem Flächenanteil in das Auslaufkonzept integriert werden. Neben dem Schutz vor Prädatoren bieten die Solarmodule die Möglichkeit der flächensparenden Erzeugung erneuerbarer Energien ohne Nutzungskonkurrenz zur Landwirtschaft.

Gesetzlich vorgeschrieben sind 4 m² Auslauf je Hennenplatz für die Freiland-Legehennenhaltung. Erfahrungsgemäß kommt es in den stallnahen Bereichen zu einer erhöhten Konzentration an Stickstoff, der über den Bodenpfad in Grund- und Schichtenwasser ausgewaschen werden könnte. In dem nun geplanten agrosolaren Modellprojekt wird die Auslauffläche so gestaltet, dass Wechselläufe je nach Nutzungsintensität der Hennen jederzeit zur Verfügung stehen.

Vorliegend können bis zu sechs Mobilställe in Nord-Süd-Ausrichtung angeordnet und bewegt werden. Die Auslauflächen erschließen sich somit ausgehend von den Bewegungstrassen der Mobilställe in östliche und/oder westliche Richtung. So ist es in der Betriebsführung der Legehennenanlage innerhalb eines festzulegenden Rhythmus möglich, die zur Verfügung stehenden Auslauflächen effektiv und getrennt voneinander zu nutzen.

Entsprechend ist sichergestellt, dass sich die Vegetationsdecke regelmäßig regenerieren kann. Der anfallende Stickstoff konzentriert sich so nicht in den stallnahen Bereichen. Er kann pflanzenverfügbar im gesamten Auslaufbereich verwertet werden.

Da sich der Geltungsbereich des Bebauungsplans sowohl nach dem LEP M-V 2016 als auch nach dem RREP MS 2011 innerhalb eines Vorbehaltsgebietes Landwirtschaft befindet, wird den Belangen der Landwirtschaft als auch der Erzeugung erneuerbarer Energien im besonderen Maße Rechnung getragen.

Weil zu diesem neuartigen Ansatz der Diversifizierung der Landwirtschaft bisher keine Referenzen und Erfahrungen bestehen, können mit der Umsetzung des Bebauungsplans neue positive Ansätze für eine umwelt- und klimafreundliche Tierhaltung mit einer besonderen Bedeutung für die Land- und Energiewirtschaft erforscht werden. Hierzu haben die beteiligten Projektpartner ihre Unterstützung zugesichert.

Insofern und mit Verweis auf die wachsende Bedeutung der Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien hat die Gemeinde im Rahmen ihrer gesetzlich geregelten Planungshoheit die Aufstellung eines Bebauungsplans beschlossen.

Formuliertes Planungsziel ist die Festsetzung eines sonstigen Sondergebietes „AGRI-PV Geflügelhaltung“, wobei der Schwerpunkt auf der Freiland-Legehennenhaltung liegt.

Klimaschutzgesetz 2021 als öffentlicher Belang und Planungsanlass

Die durch Gemeinde und Vorhabenträger formulierten Planungsziele entsprechend im besonderen Maße den aktuellen bundespolitischen Vorgaben, denn mit der Änderung des Klimaschutzgesetzes verschärft die Bundesregierung die Klimaschutzvorgaben und verankert das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045.

Nach einer aktuellen Veröffentlichung der Bundesregierung sollen bereits bis 2030 die Emissionen um 65 Prozent gegenüber 1990 sinken. Das bisher formulierte Minderungsziel für 2030 steigt um 10 Prozentpunkte.

Für das Jahr 2040 gilt ein Minderungsziel von mindestens 88 Prozent. Auf dem Weg dorthin sieht das Gesetz in den 2030er Jahren konkrete jährliche Minderungsziele vor. Bis zum Jahr 2045 soll Deutschland Treibhausgasneutralität erreichen: Es muss dann also ein Gleichgewicht zwischen Treibhausgas-Emissionen und deren Abbau herrschen. Nach dem Jahr 2050 strebt die Bundesregierung negative Emissionen an. Dann soll Deutschland mehr Treibhausgase in natürlichen Senken einbinden, als es ausstößt.¹

¹ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/klimaschu...>

Als wesentlicher Sektor muss insbesondere die Energiewirtschaft durch die Erzeugung klimaneutraler und erneuerbarer Energien hierzu ihren Beitrag leisten. Die Gesetzesnovelle des Klimaschutzgesetzes ist als „Generationenvertrag für das Klima“ am 31. August 2021 in Kraft getreten.

2. Grundlagen der Planung

2.1 Rechtsgrundlagen

- **Baugesetzbuch (BauGB)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.04.2022 (BGBl. I S. 674)
- **Baunutzungsverordnung (BauNVO)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802)
- **Planzeichenverordnung (PlanZV 90)** i. d. F. der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802)
- **Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege** (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.08.2021 (BGBl. I S. 3908)
- **Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2015 (GVOBl. M-V S. 344, 2016 S. 28), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2021 (GVOBl. M-V S. 1033)
- **Gesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes** (Naturschutzausführungsgesetz - NatSchAG M-V) vom 23.02.2010 (GVOBl. M-V S. 66), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 5. Juli 2018 (GVOBl. M-V S. 221, 228)
- **Hauptsatzung der Gemeinde Tützpatz** in der aktuellen Fassung

2.2 Planungsgrundlagen

- Auszug aus dem Liegenschaftskataster des Kataster- und Vermessungsamtes für den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte vom Oktober 2019.
- Vorhaben- und Erschließungsplan der Vattenfall Solar GmbH; März 2022

3. Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans ist im Plan im Maßstab 1:2.500 dargestellt und beläuft sich auf eine Fläche von rund 47 ha. Er erstreckt sich südwestlich von Tützpatz auf die Flurstücke 14/2, 14/3, 14/6 sowie 42 der Flur 2 in der Gemarkung Tützpatz.

4. Beschaffenheit des Plangebietes

Der Planungsraum wird durch einen mit Betonplatten befestigten, öffentlich nutzbaren Wirtschaftsweg als südliche Grenze des Geltungsbereiches erschlossen.

Überplant werden vorrangig Ackerflächen, die als solches auch weitestgehend intensiv bewirtschaftet werden. Die hier vorhandenen Sandböden sind durch ein mittleres landwirtschaftliches Produktionsvermögen mit durchschnittlich 40 Bodenpunkten, ein mittleres Speichervermögen und mäßige Versickerungseigenschaften gekennzeichnet.

Das geplante Sondergebiet schließt zentral einen Biotopkomplex mit einem permanentes Kleingewässer ein, deren Eutrophierungsgrad durch den Vegetationsbestand aus Großseggenrieden sowie teilweise verbuschten Hochstaudenfluren gekennzeichnet ist.

Auch das nördlich gelegene temporäres Kleingewässer wird durch Großseggenriede sowie darüber hinaus durch Großröhricht, Ruderalvegetation und einen über den Verbuschungsgrad hinaus gehenden Gehölzbestand aus Einzelbäumen bestimmt.



Abbildung 1: Blick auf den Planungsraum in Richtung Westen, Baukonzept Neubrandenburg GmbH Mai 2019

Das nächstgelegene FFH-Gebiet DE 2244-301 „Gützkower Wald und anschließende Kleingewässer“ befindet sich etwa 1.100 m westlich des Geltungsbereiches.

5. Vorgaben aus übergeordneten Planungen

Bauleitpläne unterliegen den **Zielen und Grundsätzen der Raumordnung**. Dabei sind die einzelnen Bundesländer gebunden, übergeordnete und zusammenfassende Pläne oder Programme aufzustellen.

Für Planungen und Maßnahmen der Gemeinde ergeben sich die Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung aus den folgenden Rechtsgrundlagen:

- **Raumordnungsgesetz** (ROG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 15 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808)
- **Landesplanungsgesetz** (LPIG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 5. Mai 1998 (GVObI. M-V S. 503), letzte berücksichtigte Änderung: § 15 geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 5. Juli 2018 (GVObI. M-V S. 221, 228)
- Landesverordnung über das **Landesraumentwicklungsprogramm** Mecklenburg-Vorpommern (LEP-LVO M-V) vom 27. Mai 2016
- Landesverordnung über das **Regionale Raumentwicklungsprogramm** Mecklenburgische Seenplatte (RREP MS-LVO M-V) vom 15. Juni 2011

Im Verlauf des Aufstellungsverfahrens ist die Vereinbarkeit mit den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung zu prüfen. Rechtsgrundlage hierfür ist § 4 Abs. 1 ROG.

Nach § 3 Nr. 6 ROG sind solche Vorhaben, die die räumliche Entwicklung und Ordnung eines Gebietes beeinflussen, als raumbedeutsam zu beurteilen. In diesem Zusammenhang entscheiden also die Dimension der geplanten Photovoltaikanlage, die Besonderheit des Standortes sowie die vorhersehbaren Auswirkungen auf gesicherte Raumfunktionen die Raumbedeutsamkeit.

Gemäß geltender Rechtsprechung trifft das regelmäßig dann zu, wenn infolge der Größe des Vorhabens Auswirkungen zu erwarten sind, die über den unmittelbaren Nahbereich hinausgehen (Raumbeanspruchung, Raumbeeinflussung).

Nach **Programmsatz 3.3.1(2) LEP M-V 2016** sollen die Ländlichen Räume so gesichert und weiterentwickelt werden, dass sie u. a.

- einen attraktiven und eigenständigen Lebens- und Wirtschaftsraum bilden,
- dass in regionaler kulturlandschaftlicher Differenzierung ausgeprägte kulturelle Erbe bewahren,
- die Basis einer bodengebundenen Veredelungswirtschaft bilden.

In der Begründung hierzu heißt es,

... kommt es darauf an, in Ländlichen Räumen nachhaltige Strukturen zu schaffen, mit denen dort, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse absehbar schwieriger werden, regionale Wertschöpfung generiert werden kann.

Neben traditionellen Erwerbsquellen (Handwerk, Land- und Forstwirtschaft etc.) kommt dabei dem Tourismus, zunehmend auch der Energieerzeugung, eine maßgebliche Rolle zu. Die in Deutschland eingeleitete Energiewende bietet die Chance, auch dort, wo es ansonsten nur geringe wirtschaftliche Entwicklungspotenziale gibt, am Wirtschaftskreislauf teilzunehmen. ...

Der vorliegende Bebauungsplan sichert die im Programmsatz 3.3.1(2) zusammengefassten raumordnerischen Zielstellungen gleichermaßen. Die Gemeinde Tützpatz geht davon aus, dass die mit der Umsetzung des Bebauungsplans eintretenden Entwicklungen Modellcharakter für die Stärkung des ländlichen Raumes in einer Strukturschwachen Region haben können.

So dient insbesondere der optimierten Gestaltung der Grünausläufe erstmals eine witterungsunabhängige Möglichkeit, dass auch die entfernt einbezogenen Ausläufflächen gleichmäßig durch die Legehennen genutzt werden können.

Gleichzeitig gewährleistet man damit den größtmöglichen Schutz des Bodenwasserhaushaltes vor nicht pflanzenverfügbaren Nährstoffeinträgen.

Erst die Kombination mit der Energieerzeugung aus solarer Strahlungsenergie bildet die Basis einer bodengebundenen Veredelungswirtschaft ohne einen Flächenentzug für die Landwirtschaft. Die Belange der Landwirtschaft werden im Sinne der Festlegungen des Landesraumentwicklungsprogramms und des Regionalen Raumentwicklungsprogramms Mecklenburgische Seenplatte als Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft im besonderen Maße berücksichtigt.

Die Gewinnung erneuerbarer Energien trägt zusätzlich dazu bei, dass die Legehennenhaltung CO₂-neutral umgesetzt werden kann. Die Energieüberschüsse sollen im Sinne des **Programmsatzes 5.3 (1) LEP M-V 2016** in das öffentliche Netz eingespeist werden und damit eine sichere, preiswerte und umweltverträgliche Energieversorgung absichern.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt gemäß **4.5 (3) LEP M-V 2016** in einem Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft. In diesem soll dem Erhalt und der Entwicklung landwirtschaftlicher Produktionsfaktoren und -stätten ein besonderes Gewicht beigemessen werden.

Der in Rede stehende Bebauungsplan stellt in diesem Sinne sicher, dass eben kein landwirtschaftlicher Flächenentzug stattfindet, sondern vielmehr der Landwirtschaft in seinen Diversifizierungsmöglichkeiten substanziell Raum verbleibt, auch wenn die Energieerzeugung als ergänzende Nutzung möglich ist.

Der Bebauungsplan berücksichtigt die tierartspezifischen und verhaltensbedingten Bedürfnisse über den aktuellen Standard der Freiland-Legehennenhaltung als gute fachliche Praxis der Landwirtschaft hinaus.

Gleichzeitig können die aus der Energieerzeugung erwirtschafteten Einnahmen anteilig der Sanierung und Inwertsetzung des Schlosses Tützpatz zugeführt werden. Der Bebauungsplan leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Bewahrung des in regionaler kulturlandschaftlicher Differenzierung ausgeprägten kulturellen Erbes.

Die Landesplanerische Stellungnahme des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern vom 5. März 2021 beinhaltet zu den Bebauungsplan Nr. 4 „südwestlich von Tützpatz“ folgende Schlussbestimmung:

Der vorliegende Bebauungsplan Nr. 4 „südwestlich von Tützpatz “ der Gemeinde Tützpatz ist mit dem in Programmsatz 5.3(9) Absatz 2 LEP M-V festgelegten Ziel der Raumordnung bei erster Betrachtung nicht vereinbar.

Auf Grund der geplanten Festsetzung als sonstiges Sondergebiet „Food & Energy“ mit einem Flächenanteil von 45 % für Freiflächenphotovoltaikanlagen als Auslaufschutz für die Legehennen wird aber der mit dem raumordnerischen Ziel beabsichtigte Zweck, nämlich der Schutz von landwirtschaftlich genutzter Fläche gegenüber konkurrierender Flächennutzung, insoweit erfüllt, als dass die Freiflächenphotovoltaikanlagen dem Hauptzweck der landwirtschaftlichen Nutzung untergeordnet sind. Die Oberste Landesplanungsbehörde sieht in dem, dem Bebauungsplanentwurf zu Grunde liegenden innovativen Ansatz ein Pilotvorhaben, um die Vereinbarkeit von landwirtschaftlicher Nutzung und Freiflächenphotovoltaik zu prüfen und im Rahmen einer Begleitforschung ggf. sogar Hinweise auf positive Auswirkungen bezogen auf verschiedene Umweltgüter zu erhalten.

Von daher kann eine Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung hergestellt werden, wenn in einer vertraglichen Vereinbarung seitens Gemeinde, Eigentümer, Investor und Oberster Landesplanungsbehörde (beispielsweise im Rahmen eines raumordnerischen Vertrags nach § 20a Landesplanungsgesetz) die Rahmenbedingungen des Pilotvorhabens einschließlich der Parameter einer Begleitforschung festgelegt werden.

Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan (FNP) dient als behördeninternes Handlungsprogramm einer Gemeinde. Beispielsweise bildet der Flächennutzungsplan den rechtlichen Rahmen, welcher durch das Entwicklungsgebot des § 8 Abs. 2 S. 1 BauGB bestimmt ist. Die Gemeinde Tützpatz verfügt über einen genehmigten und wirksamen Flächennutzungsplan. Dieser stellt den Geltungsbereich des Bebauungsplans als Fläche für die Landwirtschaft dar. Die geplante Festsetzung als sonstiges Sondergebiet lässt sich daraus nicht entwickeln.

Entsprechend wird auf das Verfahren zur 2. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Tützpatz verwiesen. Die Änderung des Flächennutzungsplans erfolgt im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB.

Vorgaben des Fachrechtes

Vermeidung und Minimierung von Stickstoffeinträgen

Einwendungen der anerkannten Naturschutzverbände im Rahmen von Genehmigungsverfahren für Freiland-Legehennen zielen regelmäßig darauf ab, dass der Nutzungsgrad der Auslaufflächen und der daraus resultierende Nährstoffeintrag in den Boden-Wasser-Haushalt sehr differenziert zu betrachten sei.

So geht man davon aus, dass der stallnahe Bereich des Freilandauslaufes deutlich intensiver genutzt wird, als entfernter liegende Auslaufflächen. Insbesondere für stationäre Stallgebäude wird durch die hohe Nutzungsintensität unterstellt, dass sich im stallnahen Bereich keine geschlossene Vegetationsdecke ausbilden kann und darüber hinaus hier etwa 70 % des im Freilandauslauf zu erwartenden Kotanfalls abgelagert wird. Durch die fehlende Vegetationsdecke würden die Nährstoffe weder pflanzenverfügbar entzogen noch im Boden gebunden werden können.

Dieser Sachverhalt hätte zur Folge, dass es in den stallnahen Bereichen insbesondere durch Niederschläge zu erhöhten Auswaschungen in den anstehenden Boden-Wasser-Haushalt kommen würde.

Die Einwender nehmen an, dass damit von diesen Flächen eine Gefährdung des Grundwassers nicht auszuschließen sei.

Nach den derzeit vorliegenden Erkenntnissen lassen sich jedoch weder eine räumliche Abgrenzung des gefährdeten stallnahen Bereiches noch die tatsächlich zu erwartende Menge des unterstellten Nährstoffeintrages im stallnahen Bereich exakt bestimmen.

Vorliegend sollen im Sinne des vorbeugenden Schutzes des Grundwassers die mit dem Nährstoffeintrag in den Boden (Kot der Hennen) verbundenen möglichen Auswirkungen bereits auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung berücksichtigt werden.

Schon die Gestaltung der Auslauffläche mit Leiteinrichtungen und Schutzeinrichtungen kann zu einer Veränderung des Nutzungsverhaltens bzw. zur Minderung von Nährstoffkonzentrationen innerhalb der Auslauffläche führen.

Ziel ist die Vermeidung von schädlichen Bodenveränderungen im Sinne der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV), d. h. Beeinträchtigungen, die geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den einzelnen oder die Allgemeinheit herbeizuführen, sollen vermieden werden.

Gemäß § 48 Wasserhaushaltsgesetz dürfen Stoffe nur so gelagert oder abgelagert werden, dass eine nachhaltige Veränderung der Grundwasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.

Die Einwender gehen in Anlehnung an die EG-Nitratrichtlinie davon aus, dass für die Auslaufflächen Nährstoffe nur so aufgebracht werden dürfen, dass die aufgebrachte Menge an Gesamtstickstoff im Durchschnitt 170 Kilogramm Gesamtstickstoff je Hektar und Jahr nicht überschreitet.

Sofern sich der unterstellte Nährstoffeintrag auf die Schutzgüter der Allgemeinheit, des Bodens und des Grundwassers auswirken könnte, muss der Focus für das vorliegende Vorhaben in der Vermeidung von Stoffeinträgen in den stallnahen Auslaufbereichen liegen. Damit sollen insbesondere nachteilige Veränderungen der Grundwasserbeschaffenheit, wie Veränderungen der physikalischen, chemischen oder biologischen Beschaffenheit des Grundwassers verhindert werden (vgl. § 3 Nr. 9 WHG).

Ausgehend von unterschiedlichen Studien ergibt sich für den stallnahen Bereich im Vergleich zur gesamten Auslauffläche ein verhältnismäßig hoher Nährstoffanteil. Allerdings lässt sich weder aus der Gesetzgebung noch aus der Rechtsprechung eine Definition des stallnahen Bereiches herleiten. Es gibt resultierend keine belastbaren Erkenntnisse zur tatsächlichen Verteilung von Nährstoffeinträgen innerhalb des Auslaufes von Legehennen.

Bisherige Untersuchungen zu diesem Sachverhalt konzentrierten sich auf kleine Herden. Da sich insbesondere das Auslaufverhalten von Hennen in großen Herden erheblich von dem in kleinen Herden unterscheidet, wurden im Rahmen des Projektes „Optimierung der Freilandhaltung von Legehennen in der Praxis“ (EU und Land Niedersachsen, 2001-2004) u.a. die Aufenthaltshäufigkeiten der Hennen in bestimmten Auslaufabschnitten sowie die standortspezifischen Einflüsse auf das Auslaufverhalten bei Herdengrößen von 1.450 bzw. 4.500 Hennen untersucht.

Eine Übertragbarkeit auf größere Herdengrößen, die regelmäßig auch in der konventionellen Freiland-Legehennenhaltung zur Anwendung kommen, gibt es bisher nicht. Der in Rede stehende Bepflanzungsplan bietet im Rahmen eines Forschungsansatzes nun die Möglichkeit, entsprechende Monitoring-Ergebnisse für bis zu 15.000 Tierplätze zu liefern.

Basierend auf Erfahrungswerten der Freiland-Legehennenpraxis und den vorliegenden Literaturangaben wird für den stallnahe Bereich von 0 m bis 17 m ein hoher Nährstoffanfall angenommen. Im stallfernen Bereich ist dagegen kaum noch mit nennenswerten Nährstoffeinträgen durch die Hennen zu rechnen.

Das in Rede stehende Projekt bietet durch eine anteilige Überdachung der Auslaufflächen mit Photovoltaikanlagen die Möglichkeit, dass die Tiere geschützt vor Prädatoren aus der Luft, den stallnahen Bereich häufiger verlassen. Der unterhalb der Module anfallende Kot wird kaum Niederschlagsinflüssen ausgesetzt und folglich nicht in den Boden ausgewaschen werden kann.

Je nach Nutzungsintensität werden die zur Anwendung kommenden Mobilställe zu den Wechselläufen bewegt, um dauerhaft eine nährstoffverwertende Vegetationsdecke zu erhalten.

Im Vergleich zu konventionellen Anlagen sind so keine zusätzlichen Auslaufbefestigungen aus Beton, Kies, Vlies oder eine Bearbeitung des Bodens bzw. ein regelmäßiges abgetragen des Kotes notwendig.

Sowohl die Überdachung als auch die Befestigung und die hohe Variabilität der Mobilställe verhindern wirksam Nährstoffeinträge in den Auslaufflächen.

Dass sich der unterstellte Nährstoffeintrag auf die Schutzgüter der Allgemeinheit, des Bodens und des Grundwassers und damit auf die Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens auswirken könnte, wird damit sicher unterbunden.

6. Inhalt des Bebauungsplans

6.1 Städtebauliches Konzept

Das städtebauliche Konzept ist auf neue positive Ansätze für eine umwelt- und klimafreundliche Land- und Energiewirtschaft ausgelegt.

Die Festsetzungssystematik umfasst eine innovative Idee aus dem Bereich der aufkommenden AGRI-Photovoltaik, für die es bisher keine belastbaren Referenzen gibt. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang, dass mit der Freiland-Legehennenhaltung kein Entzug landwirtschaftlicher Produktionsflächen einher geht.

Das Huhn ist von seiner Herkunft her ein Fluchttier und lebte früher in Wäldern. Droht Gefahr, läuft es in einen geschützten Bereich. Erstmals bietet sich durch die anteilige Überschilderung mit Solarmodulen ein nahezu vollständiger Schutz für den gesamten Grünauslauf.

Das Prinzip der Wechselbeweidung stellt zusätzlich sicher, dass die Qualität der Auslauflächen nach den Gesichtspunkten des Tierwohl, der Tierhygiene sowie des größtmöglichen Schutzes der Bodenkörpers in seiner Funktion als Nährstoff und Wasserspeicher erhalten bleibt.

Das Konzept erfüllt damit alle bisher bekannten entwicklungsbedingten, physiologischen und ethologischen Bedürfnissen der Tiere, denn eine gute Strukturierung der Ausläufe für das Wohlbefinden von Legehennen im Außenbereich sehr wichtig.

Weiterhin wird die Planung weitreichende Anforderungen des Boden- und Grundwasserschutzes erfüllen, denn im Vergleich zur bisherigen Genehmigungspraxis für Freiland-Legehennen wird mit dem vorliegenden Konzept der Wechselläufe durch die Mobilställe mehr Platz für die Hühner gesichert. Mögliche Beeinträchtigungen für Boden und Grundwasser werden damit weitestgehend minimiert.

Mit Verweis auf die Mitigation des Klimawandels dienen die Modulplatten nicht nur dem Schutz der Hühnerausläufe. Mit der durch die Module eintretenden Verschattung der Vegetationsoberfläche wird ebenfalls die Verdunstungsrate der anstehenden Böden gesenkt. Das verbesserte Halten von Feuchtigkeit im Boden beeinflusst positiv die Qualität und Quantität der Vegetationsdecke innerhalb der Ausläufe.

Der Standort selbst zeichnet sich durch eine nahezu vollständige bestehende Eingrünung aus Wäldern und Gehölzflächen aus. Blick- und Sichtbeziehungen ausgehend von den umliegenden bewohnten Ortslagen Gützkow etwa 600 m nordwestlich, Röckwitz etwa 860 m südwestlich, Tützpatz etwa 880 m nordöstlich und Schossow etwa 780 m südöstlich sind nicht möglich (vergl. Abbildung 2). Einzig die südöstliche Grenze entlang des zur Erschließung dienenden Wirtschaftsweges ist durch einen lückigen Gehölzbestand gekennzeichnet, der im Zuge des Vorhabens durch Neuanpflanzungen zu verdichten ist.

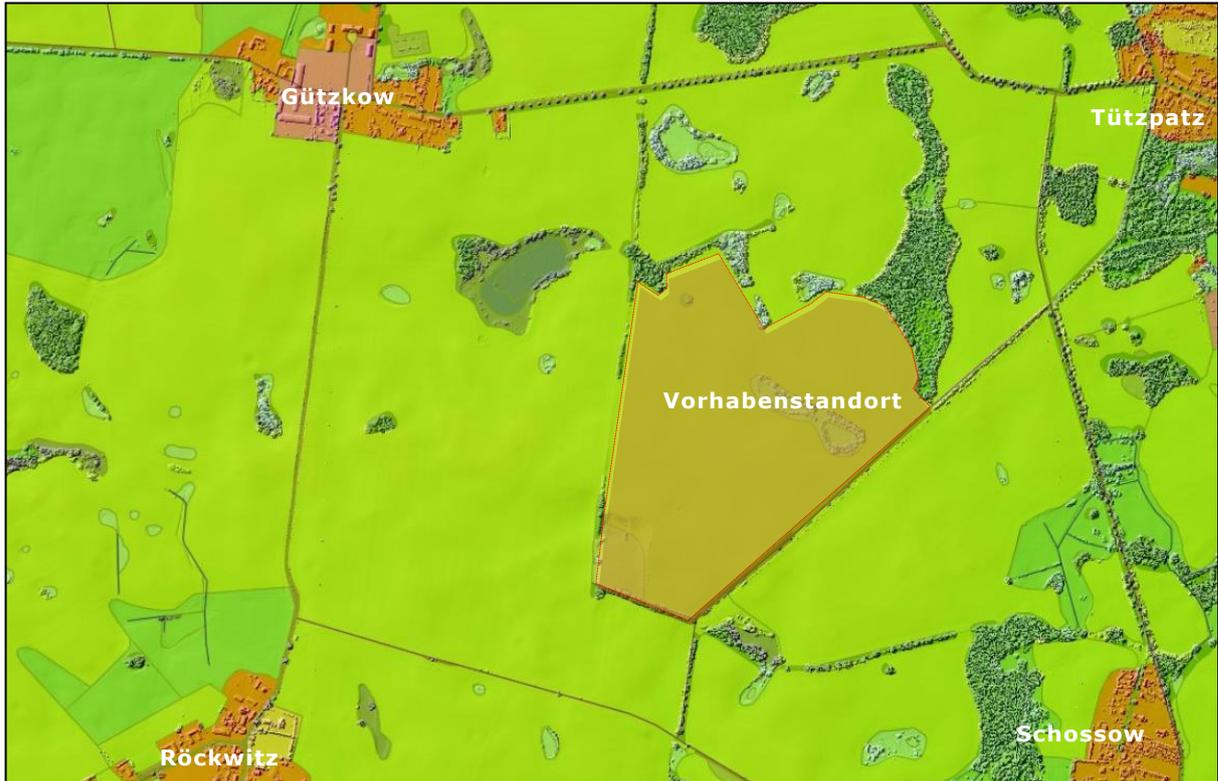


Abbildung 2: Oberflächenhöhenstufenkarte mit Biotop- und Nutzungstypen;
Quelle: <https://www.geoportal-mv.de/gaia/gaia.php>

Darüber hinaus fällt das topographische Gelände von Gützkow und Röckwitz aus mit Höhen um 82 m NHN DHHN 2016 westlich des Vorhabenstandortes auf etwa 70 m NHN DHHN 2016 im Bereich der Ortslagen Schossow und Tützpatz ab.

6.2 Art und Maß der baulichen Nutzung

Die als sonstiges Sondergebiet „AGRI-PV Geflügelhaltung“ überbaubare Grundstücksfläche wurde so gewählt, dass naturschutzrechtliche Anforderungen zur Eingriffsminimierung und zum Schutz von hochwertigen Lebensräumen gewahrt werden.

Konkrete Investitionsabsichten zielen auf den Betrieb von bis zu sechs Mobilställen mit jeweils bis zu 2.500 Tierplätzen für Freiland-Legehennen ab.

Mit dem Einsatz von Mobilställen sind keinerlei flächige Vollversiegelungen erforderlich. Die Vorhabenspezifik erfordert jedoch, dass zumindest die etwa fünf Meter breiten Fahrwege der Mobilställe radspurfest mit Schottermaterialien befestigt werden.

Vorhabenbeschreibung:

Funktionsbereiche

Auf dem Farmgelände ist die Errichtung folgender baulicher Anlagen geplant:

- 6 Mobilställe zur Freilandhaltung für bis zu 14.990 Legehennen-Plätze
- ca. Verkehrs- und Bewegungsflächen
- Anlageneinzäunung und Zäune im Anlagengelände
- Freiflächen-Photovoltaikanlagen

Beschreibung der Funktionsbereiche

Die Legehennenfarm besteht aus folgenden Funktionsbereichen:

- 6 x 4 Tierauslaufbereiche als Wechselweiden mit jeweils 10.000 m² einschließlich der durch Modultische überdachten Leiteinrichtungen
- Verkehrsflächen
- Sonstige Vorhabenfläche für die Erzeugung solarer Strahlungsenergie

6 Mobilställe zur Freilandhaltung

- Platz für **2.550 Legehennen** konventionell bzw. **2.000 in Biohaltung**
- **Grundfläche** ca. 29,10 x 7,56 m
- **Abgetrennter 2 x 7 m großer Vorraum** für Technik, Lagerung und Eiabnahme
- Eiabnahme im Vorraum, mit **regelbarem Eierband**
- Einfache Entmistung über **elektrische Kotbänder & Entmistungsschnecke**
- **integrierter Silo** für **4 t** Futter
- **pneumatische Befüllung des Silos** von außen
- intelligenter „**TOUCH**“-**Stallcomputer**

- automatische **Tierwaage**
- automatische **Siloverwiegung**
- **Telefonalarmierung**
- automatische **Gleichdrucklüftung**
- hochgenaue **elektronische Wasseruhr**
- vollautomatische **Dosierpumpe**
- **vollautomatische Steuerung** von Fütterung, Klima, Nest, Ausläufen und LED-Beleuchtung
- **vollisolierte Außenwände und Dach**
- **vollisolierter Unterboden**



Abbildung 3: Mobilstall PRO für bis zu 2.500 Freilandlegehennen,
Quelle: Steiner Automation GmbH & Co KG

Um den gängigen Biorichtlinien zu entsprechen, können die Mobilställe baulich und technisch durch mehr Ausläufe, Wintergärten, mehr Fensterfläche und Volieren modifiziert werden.

Produktionsdaten

Die Tiere werden in der 17. Lebenswoche eingestallt und verbleiben etwa 68 Wochen (bis zur 85. Lebenswoche) innerhalb der Farm.

Tierausläufe

Senkrecht zu den Fahrwegen der Mobilställe werden jedem Mobilstall vier separat abgegrenzten Wechselläufe mit einer Breite von mindestens 50 m und einer Maimallänge von 150 m zugeordnet. Die Tierausläufflächen werden so bemessen, dass jedem Tier mindestens 4 m² zur Verfügung stehen.

Die Tierauslauflächen werden mit geeigneten Wildzäunen zum Schutz der Legehennen vor Prädatoren abgegrenzt.

Verpackung

Die Eiersammlung in den Mobilställen ist voll automatisiert. Sie erfolgt über Förderbänder, die das Endprodukt bis in den Eiersammelraum befördern. Dort werden die Eier verpackt und anschließend nach den Richtlinien der Vermarktungsverordnung verladen und abtransportiert.

Futterlagerung

Die Futterlagerung erfolgt innerhalb der Mobilställe mit einer jeweiligen Lagerkapazität von 4 t. Eine zentrale Futterlagerung z. B. in Futtersilos ist nicht geplant.

Dungübergabe für Stallreinigung

Innerhalb der Mobilställe mit Ruhe-, Fütterungs- und Tränkeinrichtungen sind Kotbänder angeordnet. Der Kot fällt durch die Roste auf das darunter angeordnete Kotband.

Der Kot wird zweimal wöchentlich über das Kotband und ebenfalls über ein am Stallende befindliches Querband direkt in einen sonst durch Folie oder festen Abdeckung geschlossenen Container/LKW befördert.

Freiflächen-Photovoltaikanlagen innerhalb der Auslauflächen

Für die geplante Freiflächen-Photovoltaikanlage zur Überschirmung der Auslauflächen werden linienförmig aneinandergereihte Module verwendet, die auf Gestellen gegen Süden platziert werden. Der Abstand zwischen den Modulreihen beträgt 2,1 m.

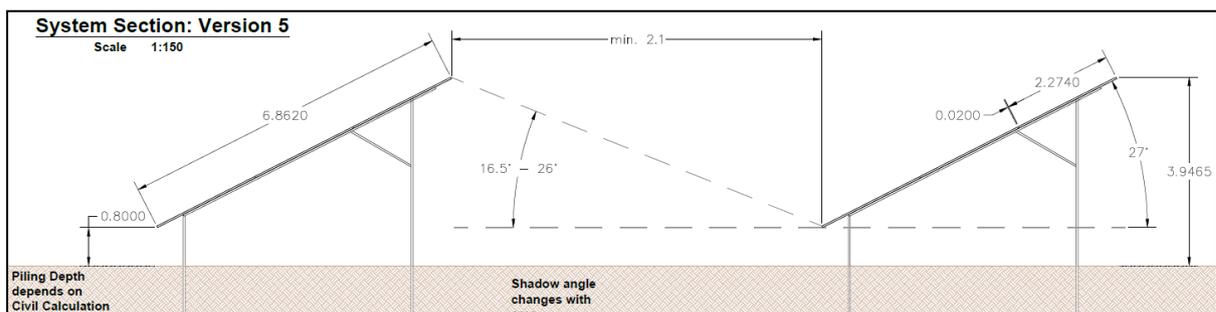


Abbildung 4: Systemschnitt; Vattenfall Solar GmbH, 28.02.2022

Die Distanz der Module von der Geländeoberkante (GOK) variiert aufgrund ihrer Schrägstellung, der Exposition nach Süden und der Geländeform. Der Abstand wird maximal 4 m an der Rückseite betragen. Der Abstand auf der Vorderseite umfasst 0,8 m.

Ein Neigungswinkel von 27° soll verhindern, dass die Legehennen auf die Modultische gelangen können.

Freiflächen-Photovoltaikanlagen außerhalb der Auslaufflächen

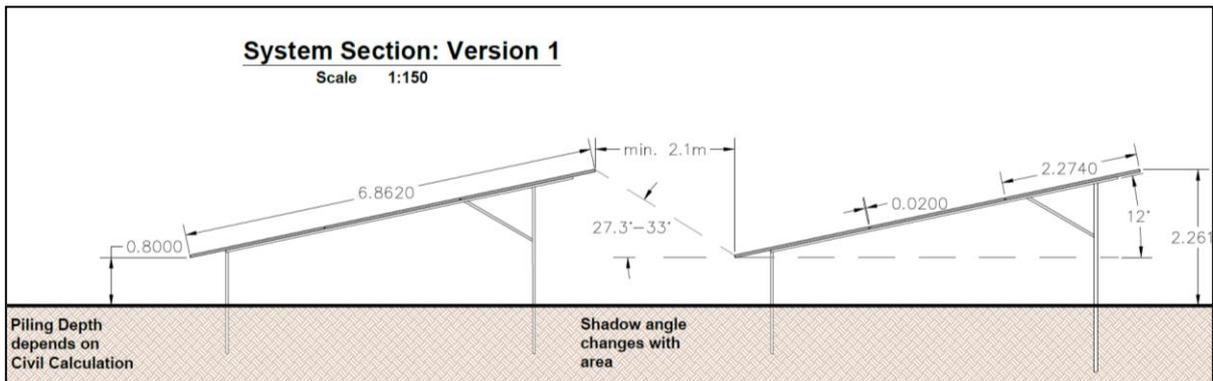


Abbildung 5: Systemschnitt; Vattenfall Solar GmbH, 28.02.2022

Abweichend von den Modultischen innerhalb der Wechselläufe werden die PV-Anlagen auf den verbleibenden Restflächen mit etwa 12° flacher geneigt, denn hier soll eine **Beweidung mit Schafen** möglich sein, um den landwirtschaftlichen Nutzungsgrad zu erhöhen.

Die Module werden zu Funktionseinheiten zusammengefasst. Zur Aufständigung und optimierten Exposition der Module/Funktionseinheiten werden standardisierte, variabel fixierbare Gestelle eingesetzt.

Die einzelnen Tische werden auf Leichtmetallpfosten montiert. Diese werden in den unbefestigten Untergrund gerammt. Durch die sogenannten Rammfundamente ist eine nachhaltige Versiegelung des Bodens nicht notwendig.

Die Module werden zu Strängen untereinander verkabelt, welche gebündelt an die Zentralwechselrichter angeschlossen werden. Die Einspeiseleistung wird voraussichtlich bis zu 37 MWp erreichen.

Der durch die Solarenergieerzeugung produzierte Strom wird durch Erdkabel bis zum geplanten Einspeisepunkt im Bereich des Umspannwerkes Breesen abgeleitet.

Sonstige Außenanlagen

Auf dem Anlagengelände sind folgende weitere Nebenanlagen erforderlich und geplant:

- Straßenanbindungen im Bereich der Farmzufahrten
- Brauchwasserspeicher (optional)
- Verkehrsflächen zur Erschließung des Anlagengelände
- Einzäunung und Eingrünung des Anlagengeländes

Zur Sicherung des Tierbestandes werden besondere Anforderungen an die Einzäunung gestellt.

Zäune zur Einfriedung der geplanten Tierhaltungsanlage werden aus diesem Grund mit einem engmaschigen Durchschlupfschutz, einem Schutz gegen Untergraben und zusätzlich mit einer Strom führenden Litze gegen übersteigendes Raubwild gesichert.

Die für den Betrieb der Solarenergieerzeugung erforderlichen Nebenanlagen umfassen darüber hinaus Trafostationen, Wechselrichterstationen, unterirdische Verkabelungen, Wartungsflächen und Fahrwege.

zeitliche Umsetzung

Die Umsetzung des Vorhabens erfolgt abschnittsweise.

1. Bauabschnitt

Herstellung von Verkehrswegen, medialer Erschließung, Zäunen, Freiflächen-Photovoltaikanlagen und deren Nebenanlagen

2. Bauabschnitt

Errichtung und Betrieb von zwei Mobilställen für bis zu 5.000 Tierplätze

3. Bauabschnitt

Errichtung und Betrieb der vier weiteren Mobilställe für bis zu 9.990 Tierplätze

Alternativen zur Legehennenhaltung

Sofern die Legehennenhaltung mit Mobilställen aus Gründen der nachgewiesenen Unwirtschaftlichkeit nicht mehr möglich ist, verpflichtet sich der Vorhabenträger zur Haltung anderer Geflügelarten mit der gleichen Wichtung in Großvieheinheiten.

verfahrensrechtliche Besonderheiten

Für den vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplan soll die Möglichkeit gemäß § 12 Abs. 3a BauGB genutzt werden, eine bauliche oder sonstige Nutzung allgemein festzusetzen. Unter Anwendung des § 9 Abs. 2 BauGB gilt in diesem Zusammenhang, dass im Rahmen der festgesetzten Nutzungen nur solche Vorhaben zulässig sind, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet. Änderungen des Durchführungsvertrags oder der Abschluss eines neuen Durchführungsvertrags sind zulässig. Entsprechend umfangreich und detailliert fällt die Vorhabenbeschreibung des Vorhaben- und Erschließungsplans aus. Dieser wird mit dem Satzungsbeschluss der Gemeinde zu einem untrennbaren Bestandteil des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans.

Folgende Festsetzungen werden getroffen:

1. Innerhalb des sonstigen Sondergebietes „AGRI-PV Geflügelhaltung“ ist gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO die kombinierte Nutzung für die landwirtschaftliche Geflügelhaltung als Hauptnutzung und die Stromproduktion mittels einer Freiflächen-Photovoltaikanlage als Sekundärnutzung zulässig.

Gemäß § 9 Abs. 2 BauGB im Vernehmen mit § 12 Abs. 3a BauGB sind nur solche Vorhaben zulässig, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet.

2. Die maximale Höhe baulicher Anlagen wird auf 4 m begrenzt. Für Mobilställe ist abweichend dazu eine Höhe von 4,5 m zulässig. Als unterer Bezugspunkt gelten die innerhalb der Planzeichnung Teil A festgesetzten Höhen in Meter über NHN im Bezugssystem DHHN 2016 als vorhandenes Gelände.
3. Die maximale Grundflächenzahl ist für das sonstige Sondergebiet „AGRI-PV Geflügelhaltung“ auf 0,5 begrenzt. Abweichend von § 19 Abs. 4 S. 2 BauNVO darf die zulässige Grundflächenzahl nicht überschritten werden.

Gliederung der Auslaufflächen

Die Anordnung von Fahrwegen für die Mobilställe sowie die Zuordnung von Wechselläufen erfolgte vor allem nach immissionsrechtlichen Gesichtspunkten. Aus den gutachterlichen Untersuchungen ergibt sich ein Mindestabstand von 50 m zu den im Geltungsbereich erfassten gesetzlich geschützten Biotopen.

Je Mobilstalleinheit können für Freiland-Legehennen maximal 2.500 Tierplätze untergebracht werden. Bei einer Mindestgröße von 4 m² Auslauf je Legehennenplatz ergibt sich eine erforderliche Auslauffläche von 10.000 m² je Mobilstall. Je Mobilstall sind jeweils vier Wechselweiden geplant.

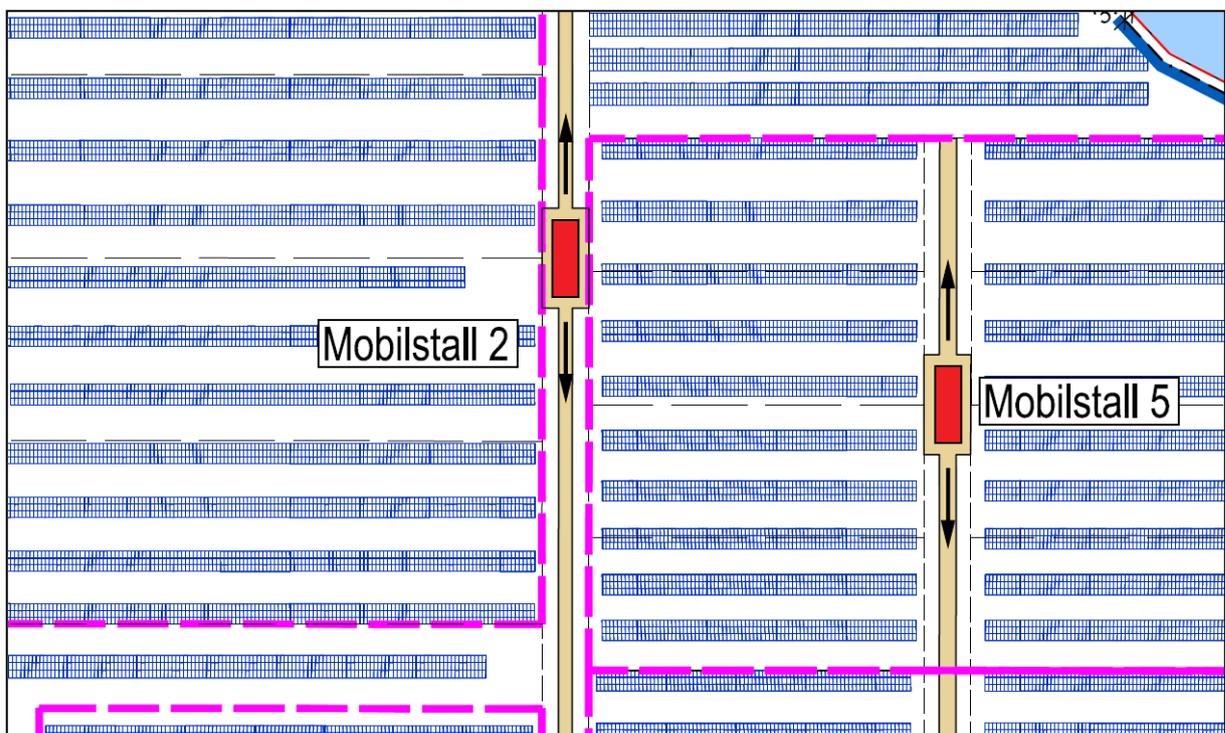


Abbildung 6: Prinzip-Skizze der Wechselläufe als Auszug des Vorhaben- und Erschließungsplans; Baukonzept Neubrandenburg GmbH 2022

Die Bewegungsflächen der Mobilställe werden eine Mindestbreite von rund vierzehn Metern haben. Eine vollständige Befestigung dieser Bewegungsflächen ist hingegen nicht auf der gesamten Breite erforderlich. Die Mobilställe sind mit mehreren straßentauglichen Achsen ausgestattet und können deshalb mit geringem Zeitaufwand durch einen Schlepper in die nächste Wechselweide versetzt werden. Entsprechend werden die dazu benötigten Fahrwege auf einer Breite von etwa 5,00 m ausschließlich mit Schotter befestigt.

6.3 Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Über den Ausgleichsbezug des § 1a Abs. 3 BauGB hinaus hat die Gemeinde über § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BauGB die Möglichkeit, landschaftspflegerische Maßnahmen bzw. Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft festzusetzen.

Der zentral gelegene Kleingewässerkomplex mit einem hohen Anteil geschützter Tierarten wird zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Konflikte nicht als Sondergebiet überplant.

An der südlichen Plangebietsgrenze wird eine Sichtschutzhecke entstehen. Als Arteninventar ist eine vielfältigen Mischung heimischer und standortgerechter Sträucher wie z. B. Ginster, Hartriegel, Hasel, Weißdorn, Schlehe, Kreuzdorn, Kirschen, Weiden, Wildrosen und Holunder möglich, die in ihrem Entwicklungszeitraum eine hohe Bedeutung für den arten- und Biotopschutz erlangen werden.

Folgende Festsetzungen wurden getroffen:

1. Die mit A festgesetzten Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sind als Feldgehölz zu erhalten.
2. Die mit B festgesetzten Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sind als Sichtschutzhecken heimischer und standorttypischer Sträucher zu entwickeln.

6.3 Örtliche Bauvorschriften

Die Städte und Gemeinden haben aufgrund der Ermächtigung, „örtliche Bauvorschriften“ erlassen zu können, die Möglichkeit, im Sinne einer Gestaltungspflege tätig zu werden. Die Rechtsgrundlage für ein solches Handeln ist durch § 86 Abs. 3 der Landesbauordnung M-V gegeben.

Für den in Rede stehenden Planungsraum sind in diesem Zusammenhang keine Regelungen erforderlich.

6.4 Umweltprüfung

Nach § 2 Abs. 4 BauGB ist im Verfahren der Aufstellung eines Bebauungsplans eine Umweltprüfung durchzuführen. Das Ergebnis ist in dem Umweltbericht, der ein gesonderter Teil der Begründung des Bebauungsplans ist, darzustellen.

Nach der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und einer entsprechenden Abstimmung des Umfangs und Detaillierungsgrades der Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB erfolgt die Darstellung der Ergebnisse im Umweltbericht.

Maßgeblich für die Betrachtungen der Umweltauswirkungen des Vorhabens sind die Errichtung und der Betrieb einer gewerblichen Tierhaltungsanlage, die damit in Verbindung stehende Flächeninanspruchnahme, die zu erwartenden Immissionswirkungen sowie das geänderte Verkehrsaufkommen.

Zusammenfassend ergeben sich fünf Konfliktschwerpunkte mit einem erhöhten Untersuchungsbedarf:

- Unvermeidbare Eingriffe in Natur und Landschaft durch geplante Versiegelungen betreffen die Schutzgüter Fläche, Wasser, Boden, Tiere und Pflanzen.
- Die Immissionswirkungen aus Geruch, Stäube und Bioaerosole sind bezüglich der Schutzgüter Mensch und Luft in Verbindung mit der nächstgelegenen Wohnbebauung zu beurteilen.
- Geräusche des anlagenbezogenen Verkehrs können die Belange der Schutzgüter Mensch und Tier berühren.
- Auswirkungen auf nahe gelegene gesetzlich geschützte Biotop sowie auf sensible Ökosysteme sind insbesondere bezüglich auftretender Immissionen durch Ammoniak und Stickstoffdepositionen zu untersuchen.
- Auswirkungen auf nächstgelegene Natura2000 Gebiete sind insbesondere bezüglich auftretender Immissionen durch Ammoniak und Stickstoffdepositionen zu untersuchen.

Dem Umweltbericht lagen Ergebnisse von Geruchs-, Schall- und Ammoniakimmissionsprognosen sowie Aussagen zu Emission, Immission von Luftschadstoffen und zu Belangen des besonderen Artenschutzes zu Grunde. Zusammenfassend sind diesbezüglich keine negativen Auswirkungen auf die untersuchten Schutzgüter zu erwarten.

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sind nach der Prüfung als nicht erheblich zu bewerten.

Eine erhebliche Beeinträchtigung der Umwelt als Summe der beschriebenen und bewerteten Schutzgüter kann nicht festgestellt werden.

6.5 Verkehrskonzept

Der Planungsraum wird durch einen mit Betonplatten befestigten, öffentlich nutzbaren Wirtschaftsweg als südliche Grenze des Geltungsbereiches erschlossen.

Innerhalb des Planungsraumes ist die Anlage von teilversiegelten Erschließungswegen notwendig, um die Betriebsführung zu gewährleisten.

Das jährliche vorhabenspezifische Transportaufkommen umfasst den einmal wöchentlichen Abtransport des Kotes, den Futtertransport ist mit einem Fahrzeug pro Woche sowie dem einmal wöchentlichen Eiertransport.

7. Immissionsschutz

Der Abstand zur **nächstgelegenen betriebsfremden Wohnnutzung** der Ortslage Schossow beträgt etwa 850 m von der äußeren Anlagengrenze.

Für die **nächstgelegenen europäischen Schutzgebiete** (GGB-Gebiet DE 2244-301 „Gützkower Wald und anschließende Kleingewässer“ etwa 1.200 m westlich, das GGB-Gebiet DE 2244-302 „Kleingewässerlandschaft bei Gültz (nördlich Altentreptow)“ etwa 3.300 m nordöstlich ist sicher zu stellen, dass die zu erwartenden Stickstoffdepositionen des geplanten Vorhabens das Irrelevanzkriterium von 0,3 kg/ha * a einhalten.

Die innerhalb des Geltungsbereiches geplanten Nutzungen unterliegen aufgrund der festgesetzten Obergrenze von bis zu 14.000 Legehennen nicht der Genehmigungspflicht nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz.

Dennoch ist die geplante Haltung von Freilandlegehennen nur soweit zulässig, wie sie durch das nachfolgende Zulassungsverfahren gedeckt wird. Spätestens auf der Ebene der Anlagenzulassung ist jeweils nachzuweisen, dass eine Überschreitung von gesetzlich formulierten Immissionsgrenzwerten nicht zu befürchten ist. Dabei sind die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB zu wahren.

Anhaltspunkte für die Verträglichkeit der vorgesehenen Nutzung mit der Wohnnutzung liefern die TA Lärm und die TA Luft, deren Vorgaben durch die Planung eingehalten werden müssen. Zur Beurteilung der zu erwartenden Immissionswirkungen werden entsprechende Fachgutachten erarbeitet.

Nachfolgende Untersuchungen und Erhebungen werden nach derzeitigem Kenntnisstand erforderlich:

- Erstellung einer Geruchsimmissionsprognose unter Anwendung der GIRL des LAI vom 29.02.2008 mit einer Ergänzung vom 10. September 2008
- Erstellung einer Prognose zur Ermittlung der Ammoniakimmissionen (nach TA Luft Pkt. 4.8 i. V. m. Anhang 1) und Stickstoffdepositionen unter Anwendung des LAI-Leitfadens "Ermittlung und Bewertung von Stickstoffeinträgen" (Stand 03.03.2010) i.V.m. der Ermittlung erheblicher und irrelevanter Stoffeinträge in NATURA 2000-Gebiete (unter Anwendung aktueller Irrelevanzkriterien). In diesem Zusammenhang sind empfindliche Pflanzen und Ökosysteme (z.B. Biotope) zu erfassen und darzustellen.
- Aussagen zu Emission, Immission von Luftschadstoffen (z.B. Staub, Bioaerosole); im Rahmen dessen sind Aussagen zu evtl. vorhandener Vorbelastung zu treffen.

8. Wirtschaftliche Infrastruktur

8.1 Energie-, Wasserver- und -entsorgung

Die Versorgung der geplanten Mobilställe mit Strom erfolgt autark über Photovoltaikanalgen und entsprechende Batteriespeicher.

Die Wasserversorgung für Tiere und Reinigung soll über Brunnen sichergestellt werden. Die Schmutzwasserentsorgung erfolgt dezentral.

Weitere Ver- und Entsorgungsmedien sind innerhalb des Geltungsbereiches nach derzeitigem Kenntnisstand nicht betroffen.

Bau und Betrieb des Regenentwässerungssystems hat nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik (DWA A 138) zu erfolgen.

Niederschlagswasser von Dachflächen und Bewegungsflächen, von denen eine Verunreinigung ausgeschlossen werden kann, ist unter Berücksichtigung von Standortbedingungen möglichst auf dem Grundstück zu versickern. Gewässerbenutzungen (Niederschlagseinleitungen, Grundwasserentnahmen) bedürfen gem. § 8 WHG i. V. m. § 9 WHG der behördlichen Erlaubnis.

Anlagen zum Lagern, Abfüllen, Herstellen und Behandeln wassergefährdender Stoffe sowie Jauche/Gülle/Silage/Festmist müssen gemäß § 62 WHG sowie Anlage 7 der AwSV betrieben werden.

8.2 Gewässer

Innerhalb des festgesetzten Sondergebietes befinden sich keine Gewässer II. Ordnung.

Anfallendes Niederschlagswasser kann weiterhin innerhalb des Planungsraumes versickern. Eine Beeinträchtigung des Schutzgutes Wasser ist nicht zu befürchten, denn mit dem Vorhaben werden keine Stoffe freigesetzt, welche die Qualität von Grund- und Oberflächenwasser beeinträchtigen können.

8.3 Telekommunikation

Im Planbereich befinden sich nach derzeitigem Kenntnisstand keine Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Deutschen Telekom AG. Eine Erschließung der Telekommunikation ist nicht erforderlich.

8.4 Abfallrecht

Alle Baumaßnahmen sind so vorzubereiten und durchzuführen, dass sowohl von den Baustellen als auch von den fertigen Objekten eine vollständige geordnete Abfallentsorgung erfolgen kann.

Bei der Baudurchführung ist durchzusetzen, dass der im Rahmen des Baugeschehens anfallende Bodenaushub einer geordneten Wiederverwendung gemäß den technischen Regeln der Mitteilungen der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) zugeführt wird.

8.5 Brandschutz

Die geplanten Mobilställe werden den Bestimmungen der DIN 14675 und der DIN VDE 0833 entsprechend so ausgerüstet, dass die Branderkennung und die Brandmeldung sowohl durch automatische als auch durch manuelle Alarmierungseinrichtungen gewährleistet sind.

Von öffentlichen Verkehrsflächen ist insbesondere für die Feuerwehr ein geradliniger Zu- oder Durchgang zu rückwärtigen Gebäuden zur Verfügung zu stellen.

Zu Gebäuden, bei denen die Oberkante der Brüstung notwendiger Fenster oder sonstiger zum Anleitern bestimmter Stellen mehr als 8 m über der Geländeoberfläche liegt, ist eine mindestens 3 m breite Zu- oder Durchfahrt zu schaffen. Die lichte Höhe der Zu- oder Durchfahrt muss senkrecht zur Fahrbahn gemessen mindestens 3,50 m betragen (DIN 14090). Die Zufahrt muss so befestigt sein, dass sie von Fahrzeugen der Feuerwehr für den Katastrophen-, Rettungs- und Brandschutz mit einer Achslast bis zu 10 t und einem zulässigen Gesamtgewicht bis zu 16 t befahren werden kann (DIN 14090).

Zur Deckung des Löschwasserbedarfs ist nach dem Arbeitsblatt W 405 (07/1978) des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e. V. (DVGW) für mind. 2 Stunden eine Löschwassermenge von mind. 48 m³ in maximal 300 m Entfernung zu gewährleisten. Vorliegend sollen dazu Löschwasserbrunnen oder Löschwasserbehälter genutzt werden.

Für die Zufahrten sowie Aufstell- und Bewegungsflächen für die Feuerwehr gilt die Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr auf Grundstücken.

9. Denkmalschutz

9.1 Baudenkmale

Innerhalb des Plangebietes befinden sich keine Baudenkmale, die als Denkmal im Sinne des Denkmalschutzgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern eingetragen und als Zeitzeugen der Geschichte zu erhalten sind.

9.2 Bodendenkmale

Nach gegenwärtigem Kenntnisstand sind im Bereich des Vorhabens keine Bodendenkmale oder Verdachtsflächen bekannt.

Wenn bei Erdarbeiten neue Bodendenkmale oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, sind diese gemäß § 11 Abs. 1 DSchG M-V der unteren Denkmalschutzbehörde unverzüglich anzuzeigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen eines Mitarbeiters oder Beauftragten des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege in unverändertem Zustand zu erhalten. Die Anzeigepflicht besteht für den Entdecker, den Leiter der Arbeiten, den Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen.

Die Verpflichtung erlischt fünf Werkzeuge nach Zugang der Anzeige, bei schriftlicher Anzeige spätestens nach einer Woche. Die untere Denkmalschutzbehörde kann die Frist im Rahmen des Zumutbaren verlängern, wenn die sachgerechte Untersuchung oder die Bergung des Denkmals dies erfordert (§ 11 Abs. 3 DSchG M-V).

10. Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung

Flächenbilanz:

Geltungsbereich:	475.011 m ²
Sondergebiet:	442.491 m ²
Sonstiges:	32.520 m ²

Zu 2.1 Ermittlung des Biotopwertes

Zur Ermittlung des Biotopwertes wird zunächst aus der Anlage 3 die Wertstufe ermittelt. Die Wertstufe für „Sandacker“ (ACS) ist 0. Der durchschnittliche Biotopwert berechnet sich aus 1 abzüglich des Versiegelungsgrades des derzeitigen Biotoptyps. Für Ruderale Staudenfluren ergibt sich eine Wertstufe von 2.

Biotopwert ACS: $1 - 0$ (Versiegelungsgrad) = **1**

Biotopwert RHU: 3

Zu 2.2 Ermittlung des Lagefaktors

Der Abstand zu vorhandenen Störquellen beträgt mehr als 100 m, aber weniger als 625 m. Entsprechend wurde ein Lagefaktor von **1,00** gewählt.

Zu 2.3 Berechnung des Eingriffsflächenäquivalents für Biotopbeseitigung bzw. Biotopveränderung (unmittelbare Wirkungen/Beeinträchtigung)

Für Biotope, die durch einen Eingriff beseitigt bzw. verändert werden (Funktionsverlust), ergibt sich das Eingriffsflächenäquivalent durch Multiplikation aus der vom Eingriff betroffenen Fläche des Biotoptyps, dem Biotopwert des Biotoptyps und dem Lagefaktor.

Biotoptyp	Fläche des beeinträchtigten Biotops in m ²	Biotopwert	Lagefaktor	EFÄ m ² = Fläche * Biotopwert * Lagefaktor	Eingriffsflächenäquivalent [m ² EFÄ]
12.1.1 - Sandacker	427.506	1	1,00	427.506 * 1 * 1,00	427.506
10.1.3 Ruderale Staudenflur	14.985	3	1,00	14.985 * 3 * 1,00	44.877
Summe der erforderlichen Eingriffsflächenäquivalente:					472.383

Zu 2.4 Berechnung des Eingriffsäquivalents für Funktionsbeeinträchtigung von Biotopen

Biotopbeeinträchtigungen im Randbereich der Anlagen bzw. außerhalb der Baugrenze sind nach derzeitigem Stand nicht zu erwarten.

Zu 2.5 Ermittlung der Versiegelung und Überbauung

Zur Erschließung des Geltungsbereiches ist die Anlage von Schotterwegen mit rund 10.873 m² notwendig. Es ist biotopunabhängig die teilversiegelte Fläche in m² zu ermitteln und mit einem Zuschlag von **0,2** zu berücksichtigen.

Für Trafos werden Vollversiegelungen im Umfang von 76 m² eingeplant. Der Zuschlag für Vollversiegelung beträgt **0,5**.

Teil-/Vollversiegelte bzw- überbaute Fläche	Zuschlag für Teil-/Vollversiegelung	EFÄ= Teil-/Vollversiegelte bzw- überbaute Fläche * Zuschlag	Eingriffsflächenäquivalente EFÄ
10.873 m ²	0,2	EFÄ = 10.873 * 0,2	2.175
76 m ²	0,5	EFÄ = 76 * 0,5	38
Summe der erforderlichen Eingriffsflächenäquivalente:			2.213

Zu 2.6 Berechnung des multifunktionalen Kompensationsbedarfs

Aus den berechneten Eingriffsflächenäquivalenten ergibt sich durch Addition der multifunktionale Kompensationsbedarf.

m ² EFÄ für Biotopbeseitigung	+	m ² EFÄ für Funktionsbeeinträchtigung	+	EFÄ für Teil-/Vollversiegelung bzw. Überbauung	Multifunktionaler Kompensationsbedarf [m ² EFÄ]
472.383		2.213		0	474.596
Summe des multifunktionalen Kompensationsbedarfs m² EFÄ:					474.596

Zu 2.7 Berücksichtigung kompensationsmindernder Maßnahmen

entfällt

Der um das Flächenäquivalent der kompensationsmindernden Maßnahmen korrigierte multifunktionale Kompensationsbedarf wird wie folgt ermittelt:

Multifunktionaler Kompensationsbedarf (m ² EFÄ)	-	Flächenäquivalent d. kompensationsmindernden Maßnahme (m ² EFÄ)	korrigierter multifunktionaler Kompensationsbedarf [m ² EFÄ]
474.596		0	474.596
korrigierter multifunktionaler Kompensationsbedarf:			474.596

Der multifunktionale Kompensationsbedarf (Punkt 2.7) beträgt 474.596 m² EFÄ.

Zu 4. Kompensation des Eingriffes

Maßnahme 6.31 Anlage von frei wachsenden Hecken und Gebüsch

Auf der Maßnahmefläche B ist die Neuanpflanzung von standorttypischen und heimischen Straucharten als Sichtschutzhecke geplant. Die von vier Zufahrten unterbrochene, mindestens sieben Meter breite Hecke wird eine Gesamtlänge von rund 700 m einnehmen.

Fläche: 4.900 m²

Kompensationswert: 1,0

Zu 5. Gesamtbilanzierung

KFÄ Maßnahme 1	+	KFÄ Maßnahme 2	KFÄ
errechnetes Kompensationsdefizit			474.596
4.900		-	- 4.900
verbleibendes Kompensationsdefizit			469.696

Der Eingriff kann durch die geplante Ausgleichsmaßnahme nicht vollständig kompensiert werden.

Der multifunktionale Kompensationsbedarf im Umfang von 469.696 Flächenäquivalenten wird durch die Zuordnung von Ausgleichsmaßnahmen im Territorium der Gemeinde Tützpatz sowie durch zertifizierten Ökotoomaßnahmen innerhalb der Landschaftszone 3 (Rückland der Mecklenburgischen Seenplatte) vollständig kompensiert.